

Bedenkliche Entscheidung

Palästina-Kundgebung: „Demo-Verbot noch offen“, FR-Region vom 7. Oktober

Wenn der Bürger die Entscheidungen seiner hohen und höchsten Gerichte nicht mehr versteht, ist das bedenklich. Zwei Entscheidungen des VGH Kassel lassen an der Objektivität der Rechtsprechung Zweifel aufkommen. Es geht hier um das Demoverbot für die Gegner des Ausbaus der Autobahn A5 und die Erlaubnis, eine Palästinenserdemonstration am Jahrestag des Massakers der Hamas in Frankfurt durchzuführen.

Im ersten Fall verstößt sich der VGH zu einer abenteuerlichen Begründung der Ablehnung: Es könnte zu Auffahrunfällen kommen. Hinter dieser „Gefahr“ muss das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wohl oder übel zurückstehen. Auf die Genehmigung einer Fahrrad-Demo auf der A66 vor etwa einem Jahr will ich hier gar nicht eingehen. Dies würde die Sache komplett der Lächerlichkeit preisgeben.

Die Teilnehmer der Demo in Frankfurt am 7. Oktober versteigen sich regelmäßig zu der Aussage: From the river to the sea. Meines Erachtens ist das ein Aufruf zur Vernichtung des Staates Israel und gehört in einem Rechtsstaat unter Strafe gestellt. Auf keinen Fall darf diesen Äußerungen eine öffentliche Bühne im Rahmen einer genehmigten Demonstration gegeben werden.

Auf einer pro-israelischen Gedankstunde in Wiesbaden, ebenfalls am 7. Oktober, wurde von mehreren RednerInnen eindringlich dazu aufgefordert, sich für das Existenzrecht Israels einzusetzen. Wie soll ich das machen, wenn 40 Kilometer weiter das Gegenteil erlaubt wird? Unsere Demokratie wird nicht nur von rechts angegriffen. Unverständliche Gerichtsentscheidungen tun ein Übriges.

Herbert G. Just, Wiesbaden

Diskussion: frblog.de/nahost

FR-Blog: Kriegstreiber

Aus der Diskussion, wie der Ukrainekrieg beendet werden könnte

Ein Blick auf die Geschichte könnte hilfreich sein

Die Kommentatoren, die quasi für Frieden um jeden Preis plädieren, sollten mal einen Blick auf die Geschichte werfen. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gab es völkerrechtswidrige Angriffskriege und andere Übergriffe von aggressiven Staaten, ohne dass dem Einhalt geboten wurde: Italiens Überfall auf Äthiopien, der spanische Bürgerkrieg, die japanische Aggression in China, die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler. Damals wurde kein Einhalt geboten; das Resultat dürfte bekannt sein. Folgt man der Argumentation solcher sogenannten Friedensfreunde um Sahra Wagenknecht, war auch US-Präsident Roosevelt des Jahres 1940 ein „Kriegstreiber“.

Wulfhard Bäumlein via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/frieden-2

Traurig über den Niedergang des Liberalismus

Die Ampelkoalition im Krisenmodus: „FDP beschließt härteren Kurs bei Migration“ und „Wo bleibt der Ruck?“, FR-Politik vom 7. Oktober und -Meinung vom 10. Oktober

Offenheit wird nur vorgetäuscht

Der FDP-Chefideologe der Freiheitsbegriffe und seine „Gang“ haben sich neben der Technologieoffenheit nun auch der Definitionsoffenheit zur Realität politischer Systeme gewidmet! Freiheit zur Freiheit „reloaded“: Offenheit zu willkürlichen Definitionen von mehr „sicheren Herkunftsländern“, um eine größere – und für sie opportun begriffene – Anzahl von Abschiebungen im Verbund mit CDU/CSU, SPD BSW, AfD etc. aus der immer „offener“ werdenden rechten Ecke realisieren zu können und um sich so von den immer sicher wahrnehmbaren Realitäten in den Aufnahmeländern zu befreien.

Ergo: Die Offenheitsbegriffe der FDP beziehen sich so nur auf ihre eigene Definitionen von Nützlichkeiten und Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung ihrer auf dem „offenen Markt“ erwerbenden Machtanteile oder Wählerstimmen. Wer sich so prostituiert, hat von Liberalismus und Freiheit nix kapiert!

Ich bin empört und zugleich traurig über diesen Niedergang des Liberalismus, der so als selbstgefällige Vortäuschung von „liberaler Offenheit“ daherkommt! Heinz-A. Hetschold, Witten

Gemeinwohl je nach Aktienkurs

Warum fällt mir auf den Appell von Frau Bundesministerin Stark-Watzinger auf dem Festakt zum Tag der deutschen Einheit, „Demokratie müsse beispielgebend gelebt werden“, immer wieder folgende Assoziationen im Zusammenhang mit der FDP ein: Bildung = Vermögensbildung, Freiheit = Befreiung von Vermögenssteuer für die Reichen; neu hinzukommen: Gemeinwohl (z.B. Rente) je nach



Christian Lindner (FDP) im Bundestag.

DPA

Aktienkurs, Recht auf Selbstbestimmung nur bei entsprechendem Kaufwert und Demokratie als Luxusmodell (wie z.B. Porsche)? Jawohl, Frau Stark-Watzinger, „Wir müssen den Mut haben, kritische Themen anzusprechen“. Helmut Schäfer, Oberursel

Hoffnung auf Abfall vom Tisch der Fremdenhasser

In unserem Parteienkosmos will die FDP als die Partei verstanden werden, die am meisten von Freiheit versteht und am entschiedensten für sie eintritt. Dieselbe Partei verlangt, wie die FR meldet, im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Migration/Asyl die Ausweitung der Liste „sicherer Herkunftsstaaten“, de-

ren Staatsangehörige bei uns keinen Anspruch auf Asyl geltend machen können. Um solche Staaten handelt es sich gemäß FDP-Bekundung bei den drei Maghrebstaaten Marokko, Algerien und Tunesien. Tunesien war einige Jahre lang das bekannteste Land des „Arabischen Frühlings“. Heute ist es wieder eine autoritäre Diktatur wie die beiden anderen genannten Staaten. In allen dreien sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung, Oppositionelle sitzen in Haft, und wer öffentlich protestiert, hat beste Aussichten auf Polizeifolter.

In der FDP ist offenkundig eine Gruppe gewerbsmäßiger Wahrheitsverdreher am Werk, unterstützt von allerlei Dumm-

köpfen ohne jedes Interesse an Tatsachen. Das Beste, was man über die FDP unserer Tage sagen könnte, wäre: Diese Partei ist im Begriff, aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen. Die Stimmprozentage der sie bisher Wählenden lösen sich – so sieht sie es offenbar selbst – immer schneller in Luft auf, und nun hofft sie wenigstens auf etwas Abfall aus dem übelriechenden Haufen der Fremdenhasser.

Die beiden im Frühjahr 1933 noch existierenden „liberalen“ Parteien – „Deutsche Volkspartei“ und „Deutsche Staatspartei“ – stimmten am 23. März 1933 wie das übrige so genannte „bürgerliche Lager“ Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Wie weit wäre die heutige FDP von Derartigem entfernt? Jürgen Kasiske, Hamburg

Die Ampel ist nicht mehr fortschrittlich

Die Schulden in den Griff zu bekommen, das ist ein „Kunststück“, das keinen vorhersehbaren Plan B möglich macht. Die Ampel ist kein Projekt zum Liebhaben. Der Geist des Fortschritts ist verbraucht, die notwendigen Ausgaben werden in Zukunft nicht geringer – wenn allein die Bundeswehr zusätzliche Milliarden Euro braucht.

Wenn Unternehmen Kredite aufnehmen, um zu investieren, dann „kräht“ kein Hahn danach. Subventionen des Staates sind Investitionen in die Zukunft, allerdings nicht mit der Gießkanne, sondern um zielgerichtet Unternehmen und Bürger zu schützen vor Insolvenz und Verlust von Arbeitsplätzen.

Auch Unternehmen nehmen Kredite auf – sich zu modernisieren und Gewinne für die nächsten Jahre zu sichern. Sparen ist gut und schön, aber nur, wenn es wirklich Sinn macht und nicht um jeden Preis.

Thomas Bartsch Hauschild Hamburg

Wir sollten gemeinsame Ziele formulieren

Zu: „Mir sind die Ängste der AfD-Wähler völlig egal“ und „Purer Populismus“, FR-Politik und -Meinung v. 20. September

Wissen wir eigentlich, wogegen wir genau sind, wenn wir gegen die „Rechten“ sind, gegen die AfD mit ihrer leeren Propaganda gegen fast alles Vorhandene? Könnte es sich hier vielleicht um eine Wiederkehr des Verdrängten handeln, wie der Psychologe sagt? Der Bericht von Arno Widmann über die letzten Verzweiflungsakte des Krieges macht den ganzen Irrwitz der Nazi-Ideologie mit ihren irrsinnigen Folgen an Zerstörung und Selbsterstörung deutlich, die bis heute nicht aufgearbeitet scheint. Dagegen nimmt der Einsatz gegen die AfD einen großen emotionalen Raum ein, der jedoch eher einer Art Fassadenkampf gleicht, mit dem Symbole wie z.B. dumpfe Kraftsprüche und wiederaufbereitete Parolen aus der Nazi-Mottenkiste ins Visier genommen werden, nicht jedoch als erstes eine Analyse der realen Gefahren und Umstände stattfindet.

Stehen wir wirklich vor einer Rückkehr einer Rechtsdiktatur wie der Hitlerzeit, die uns wie eine Lawine überrollen wird, der wir nichts entgegenzusetzen haben, so dass wir womöglich genauso enden wie damals? Dass vor allem junge Wähler der AfD zugeneigt sind, scheint besonders alarmierend, weil man diese Erkenntnis mit der Behauptung verbindet, die Jungen hätten besonders wenig kapiert. Haben wir, die wir uns so solidarisch im Kampf gegen die AfD fühlen, denn so viel mehr kapiert? Uns fällt nichts dazu ein, dass wir AfD-Propagandisten ermöglichen, mit geringstem intellektuellem Aufwand größte Wirkung zu erzielen. Wir machen uns keine Gedanken darüber, dass die etablierten Parteien zunehmend immer indifferentere Programme anbieten, die keine Inhalte zeigen sondern nur die offenbare Absicht, Wähler zum Stimmen-

fang zu ködern, um sich selbst zu erhalten. Die Jungen spüren wohl den Egoismus und die Selbstbezogenheit der Politik und wenden sich scheinbar von dem ab, was wir überheblich die freiheitlich demokratische Grundordnung nennen. Alle hier sich durch die Historie für die Gegenwart aufdrängenden Assoziationen überlässt der Bericht der Freiheit des Lesers.

Wir sollten uns weniger dafür zusammenschließen, wogegen wir sind (auch Hitler hat die Massen vor allem im Einschwören auf Gegnerschaft und Feindschaft für sich mobilisiert), sondern wofür wir sind, wofür wir brennen, wofür wir bereit sind, uns persönlich zu engagieren und worüber wir miteinander reden und uns gemeinsam Zeit nehmen wollen. Da herrscht im Moment, bezogen auf die große Mehrheit, leider eine große Leere und Müdigkeit.

Werner Schieferstein, Frankfurt

Die Logik der Psychopathen

Zu: „Das böse Spiel der Kollaborateure“, FR-Feuilleton vom 8. Oktober

Dank für die Rezension. Dazu eine kleine Anmerkung. Ich weiß nicht, wer sinngemäß gesagt hat, in normalen Zeiten kontrolliere die Gesellschaft die Psychopathen, in unruhigen Zeit sei es umgekehrt. Für Hitler-Deutschland, aber auch für Vichy-Frankreich, trifft die Aussage sicher zu. Der Titel des Buches „Wir waren nur Kinder“ weist auf dieses Problem hin. Warum? Weil die Psychopathen Logiken haben, die einem normal (was voraussetzt, dass es so etwas gibt) denkenden oder empfindenden Menschen verschlossen bleiben. In diesem Fall überlegten die Nazis, dass man vorrangig die Kinder töten sollte/müsse, da diese sich noch fortpflanzen könnten, die Älteren nicht mehr. Man entschloss sich dann dazu, alle umzubringen (vgl. S. Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, 1989). Rüdiger Erdmann, Pattensen